

Wahlprüfstein Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland

Frage 1:

Die frühzeitige Zusammenarbeit von Schule und Universität unterstützen wir ausdrücklich, jedoch wird diese nicht von oben verordnet, sondern basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, das unserer Bildungspolitik zugrunde liegt. Richtungweisende Kooperationsvereinbarungen sind auf diese Weise auf den Weg gebracht. Zweifelsohne setzen wir uns dafür ein, dass die Zusammenarbeit/Kooperation zwischen Schule und Universität aber auch Kindertagesstätten auch zukünftig gefördert, ausgebaut und unterstützt wird.

Ferner sehen wir die Notwendigkeit, frühzeitig Interesse bei den Kindern für Naturwissenschaften zu wecken und Hemmschwellen abzubauen. Aus diesem Grunde setzen wir uns für eine altersgerechte Auseinandersetzung bereits ab dem Bereich der Elementarbildung ein. Das Interesse und die Neugier der Kinder im frühen Alter ist unseres Erachtens ein wichtiger Ansatzpunkt für die Auseinandersetzung und das Heranführen an den MINT-Bereich. Aus diesem Grund möchten wir Projekte und Programme, die diese Zielrichtung verfolgen auch weiterhin unterstützen. Die Schüler- aber auch Kindergartenlabore sind eine wichtige und sinnvolle Bereicherung. Wir möchten die Unternehmen und Forschungseinrichtungen ermutigen, diese aufrechtzuerhalten und auszubauen, denn sie tragen maßgeblich dazu bei, frühzeitig Begeisterung für Wissenschaft bei Kindern und Jugendlichen wecken. Die Vermittlung moderner Technologien sollte in den Unterricht integriert werden.

Frage 2:

Wir vertreten nicht die Auffassung, dass der akademische Mittelbau an Bedeutung verliert, sondern auch zukünftig einen hohen Stellenwert erfahren muss, um Lehre und Forschung an unseren Hochschulen zu gewährleisten und zu fördern. Wir werden auch in Zukunft an der grundsätzlichen Befristung von Qualifikationsstellen festhalten, da diese der Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen.

Frage 3:

Die Einrichtung von reinen Lehrprofessuren halten wir wegen der Einheit von Lehre und Forschung für nicht zielführend und lehnen diese ab.

Frage 4:

Wir Liberale sehen die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit als hohes Gut an, das es zu schützen gilt. Vor diesem Hintergrund lehnen wir eine prinzipielle Verschärfung der Durchführungsbestimmungen ab. Die derzeitigen Regelungen erachten wir als ausreichend, jedoch sprechen wir uns für eine Überprüfung der Regelungen aus.

Frage 5:

Eine Abschaffung des Kooperationsverbots für den Schulbereich lehnen wir ab. Bezogen auf den Wissenschaftsbereich wollen wir das Kooperationsverbot auf die Weise lockern, dass sich der Bund an der Finanzierung eines bundesweiten Ausgleichssystems nach dem von uns geforderten Grundsatz „Geld folgt Student“ beteiligen kann. Die auf diesem Weg zusätzlich nach

Hessen fließenden Mittel werden wir vollständig den Hochschulen zur Verfügung stellen. Die Einrichtung von Bundesuniversitäten sehen wir jedoch kritisch.

Frage 6: Gentechnik

Die Züchtungsmethode Gentechnik kann helfen, die Landwirtschaft nachhaltiger und zukunftsfähiger aufzustellen. In 2012 wurden weltweit gentechnisch veränderte Pflanzen von über 17 Millionen Landwirten auf 170 Millionen Hektar angebaut, das ist die zehnfache Anbaufläche Deutschlands. Inzwischen stammen mehr als 80 Prozent des weltweiten Soja- und Baumwollertrages von gentechnisch veränderten (gv) Pflanzen. Wir wollen wissenschaftlich geprüfte und sichere gv-Sorten zulassen, deren Anbau ermöglichen und eine praktikable, wissenschaftsbasierte Koexistenz sicherstellen. Wir setzen uns bei Lebens- und Futtermitteln sowie Saatgut für einen praktikablen technischen Grenzwert ein, um für Landwirte, Händler und Hersteller Rechtssicherheit zu schaffen.

Die FDP setzt sich für eine Wahlfreiheit der Landwirte und der Verbraucher ein. Deshalb fordern wir eine umfassende Positivkennzeichnung für alle gentechnischen Verfahren in der Lebens- und Futtermittelproduktion.

Frage 7: Förderverbot grüne Gentechnik

Der wachsende Bedarf an Lebens- und Futtermitteln, die Veränderungen des Klimas und der Ernährungsgewohnheiten erfordern pflanzenzüchterische Lösungen. Wir treten für die verantwortbare Nutzung der grünen Gentechnik ein, die viele Vorteile für Verbraucher, Umwelt und Landwirtschaft bietet. Neben Chancen für die gesunde Ernährung der deutschen Bevölkerung kann die Grüne Gentechnik dazu beitragen, die Ernährung der Weltbevölkerung zu sichern. Daneben verbessert die Grüne Gentechnik Nahrungs- und Futtermittel, dient der Optimierung nachwachsender Rohstoffe und vermindert Umweltbelastungen.

Wir sind uns bewusst, dass eine vertiefte Abwägung zwischen Ethik und Nutzen erfolgen muss, weshalb Gesetzgeber den Unternehmen Grenzen aufzeigen muss. Wir setzen uns daher für einen sachlichen Dialog über Nutzen und Gefahren der grünen Gentechnik ein. Um unerwünschte Entwicklungen zu vermeiden, sollte ein Kriterienkatalog entwickelt werden, der verbotene gentechnische Veränderungen auflistet.

Insofern stehen wir einer Förderung von grüner Gentechnik mit Landesmitteln offen gegenüber.

Frage 8: vorgeschriebene veterinärmedizinische Untersuchungen

Vor der Durchführung klinischer Studien am Menschen im Rahmen der biomedizinischen Grundlagenforschung und der experimentellen Pharmakologie sind Tierversuche erforderlich, für die es zurzeit noch keine alternativen Testverfahren gibt. Zur Erforschung von schwerwiegenden menschlichen Leiden wie Multiple Sklerose, Alzheimer, Parkinson oder von Tumorerkrankungen und zur Entwicklung von Arzneimitteln zur Bekämpfung dieser Krankheiten sind Experimente mit Versuchstieren häufig die einzige Möglichkeit, um das erforderliche Wissen zu gewinnen. Auch die Erforschung von chronischen Erkrankungen macht Tierversuche sowie die Etablierung geeigneter Tiermodelle erforderlich.

Es ist im Interesse des Tierschutzes geboten, die Zahl der Tierversuche so gering wie möglich zu halten.

Frage 9: Tierschutzgesetz

Wir begrüßen insgesamt die nachhaltige und verantwortungsvolle Weiterentwicklung des Tierschutzgesetzes. Damit nutzen wir die Umsetzung der europäischen Versuchstierrichtlinie in nationales Recht, um weitere Tierschutzbausteine auf den Weg zu bringen. Es bietet einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Belangen des Tierschutzes und den Anforderungen von Forschung und Verbraucherschutz. Sobald wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die neue Fakten liefern, werden diese in die Weiterentwicklung des Tierschutzgesetzes einfließen. Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen, dass zusätzliche bürokratische Maßnahmen für alle Betroffenen bei der Einhaltung hoher Tierschutzstandards sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden. In diesem Sinne unterstützt die FDP auch ausdrücklich die konsequente Anwendung des 3R-Prinzips, das bereits Einzug in die Lehre und Forschung der Hochschulen gehalten hat.

Frage 10:

Die FDP Hessen ist ebenso wie die Bundespartei der Überzeugung, dass die Biotechnologie eine große Chance für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit darstellt. Sie arbeitet an einer geschlossenen Strategie für die „rote“, „grüne“, „weiße“ und zunehmend auch „blaue“ Biotechnologie für eine bessere medizinische Versorgung, gesunde landwirtschaftliche Produkte, Ressourcen schonende und umweltverträgliche Produktionsprozesse und Medikamente und Wirkstoffe. Die FDP sieht in der synthetischen Biologie ein viel versprechendes Forschungsgebiet mit dem Potential, Innovation und technologischen Fortschritt zum Wohle der Gesellschaft und insbesondere zur Entwicklung der wissensbasierten Bioökonomie maßgeblich zu prägen.

Frage 11: Bio-Lebensmittel

Der Staat hat gezielt Rahmenbedingungen gesetzt, damit Qualität und Sicherheit von allen Lebensmitteln, d.h. ökologisch oder konventionell erzeugten Produkten im Hinblick auf den Gesundheitsschutz gewährleistet und Betrug über Inhaltsstoffe und Herkunft vermieden wird. Die Lebensmittel in Deutschland haben ein hohes Sicherheitsniveau erreicht. Die Regularien und Instrumente reichen aus, um sowohl die Qualität und Sicherheit Lebensmittel jeglicher Produktionsart zu bewerten. Außerdem informiert das Portal "lebensmittelwarnung.de" aktuell, wenn von Lebensmitteln eine Gesundheitsgefahr ausgehen könnte.

Daneben fordern wir verstärkt eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft und fördern eine verbrauchernahe und gläserne Produktion von Lebensmitteln, so dass der aufgeklärte Verbraucher auf dieser Basis Hilfestellung bei seiner Kaufentscheidung erhält. Im Bereich der Schulverpflegung sollten die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung als Leitlinien dienen.

